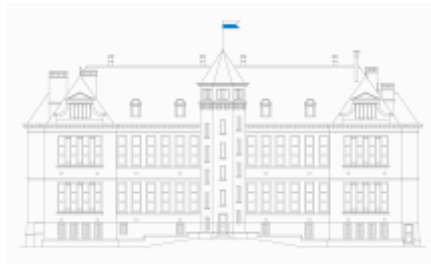


# EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern  
bei der Europäischen Union  
in Brüssel**



## Aktuelle Entwicklungen auf der Europäischen Ebene

---

Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament

### **VORBEREITUNG DES FRÜHJAHRSGIPFELS: KOMMISSION FORDERT GESCHLOSSENHEIT IM KAMPF GEGEN KRISE, RASCHE FINANZMARKTREFORMEN SOWIE VORREITERROLLE DER EU FÜR G-20 GIPFEL IN LONDON**

Zur Vorbereitung des Frühjahrsgipfels des Europäischen Rates am 19./20.03.2009 appellierte die Europäische Kommission in einer Mitteilung vom 04.03.2009 an die Staats- und Regierungschefs, noch stärker gemeinsam auf europäischer Ebene gegen die Finanz- und Wirtschaftskrise vorzugehen und eine umfassende Reform der Finanzmärkte auf der Grundlage des Berichts der *de Larosière*-Gruppe vorzunehmen. Mit einem solchen Programm könnte die EU auch auf dem G-20-Gipfel in London am 2. April 2009 eine Vorreiterrolle übernehmen (s. auch die Beiträge des StMWIVT und des StMF). Dabei folgte die Kommission im Wesentlichen den Diskussionen auf dem informellen ER am 01.03.2009.

[http://ec.europa.eu/commission\\_barroso/president/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/commission_barroso/president/index_de.htm)

### **5 JAHRE ERWEITERUNG: EINE ERFOLGSGESCHICHTE FÜR ALLE**

Anlässlich des 5. Jahrestages der Osterweiterung der EU am 01.05.2004 hat die Kommission am 20.02.2009 in einer Mitteilung und einem 140-seitigen Analysebericht insbesondere die wirtschaftlichen Vorteile der Erweiterungen von 2004 und 2007, aber auch das Ende der Teilung Europas und die Förderung von Demokratie, Stabilität und Sicherheit sowie das stärkere Gewicht der erweiterten EU in der Welt hervorgehoben. Insgesamt seien diese Erweiterungen Meilensteine im Prozess der Einigung Europas und hätten allen Bürgern in der gesamten EU Vorteile gebracht. Gleichzeitig wies die Kommission darauf hin, dass die EU zur Bewältigung der derzeitigen Krise gerade für die neuen Mitgliedstaaten den geeigneten Rahmen, auch in finanzieller Hinsicht etwas aus dem ESF und dem Globalisierungsfonds, bietet.

Übersicht:

[http://ec.europa.eu/enlargement/5years/media\\_library/communication\\_en.htm](http://ec.europa.eu/enlargement/5years/media_library/communication_en.htm)

Mitteilung:

[http://ec.europa.eu/enlargement/5years/documents/impact/commission\\_comm](http://ec.europa.eu/enlargement/5years/documents/impact/commission_comm)



[unication\\_5\\_years\\_enlarged\\_en.pdf](#)

Analytischer Bericht:

[http://ec.europa.eu/economy\\_finance/publications/publication14078\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/publication14078_en.pdf)

### **STRATEGIEPLANUNG DER KOMMISSION FÜR 2010**

Die Kommission hat Ende Februar ihre jährliche Strategieplanung als Voraussetzung für die Ausarbeitung einer politischen Agenda für das Jahr 2010 vorgelegt. Der zukünftigen Kommission, die 2010 im Amt sein wird, bleibt es überlassen, die vorgeschlagenen Prioritäten zu überprüfen und im Rahmen ihres Legislativ- und Arbeitsprogramms für 2010 operativ umsetzen. Aus Sicht der jetzigen Kommission wird auch 2010 die Bewältigung der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise im Mittelpunkt stehen. Damit eng im Zusammenhang stehen die Vorbereitungen für die nächste Haushaltsperiode ab 2013.

[http://ec.europa.eu/atwork/synthesis/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/atwork/synthesis/index_de.htm)

### **GESAMTBERICHT ÜBER DIE TÄTIGKEIT DER EU 2008**

Die Kommission hat am 03.03.2009 den alljährlichen Gesamtbericht über die Tätigkeit der EU veröffentlicht. Zu den wichtigsten Ereignissen zählen die Vorlage eines Europäischen Konjunkturpakets über 200 Mrd. € und die Führungsrolle bei der Reform des internationalen Finanzsystems als Reaktion auf die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise sowie die Energiepolitik mit der Annahme des Energie- und Klimapakets. Im außenpolitischen Bereich konnte die EU ihre Rolle durch die rasche Reaktion auf die Georgien- und Gaskrise stärken. Weitere wichtige Themen waren die Energieaußenpolitik, die Mittelmeerunion, die Östliche Partnerschaft und die Schwarzmeersynergie. Zudem führte das „No“-Referendum in Irland zur Zusicherung rechtlich verbindlicher Erklärungen zu den Aspekten des Lissabonvertrages, die als wesentliche Gründe für die Ablehnung angesehen wurden.

<http://europa.eu/generalreport/de/welcome.htm>.

### **UMFRAGE: LOKALE UND REGIONALE GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN SOLLEN EU ERKLÄREN**

Aus einer Eurobarometer-Umfrage, die am 02.03.2009 von AdR-Präsident *Luc Van den Brande* und Kommissionsvizepräsidentin *Margot Wallström* vorgestellt wurde, geht hervor, dass die meisten Unionsbürger die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften nicht nur für die glaubwürdigsten Regierungs- und Ver-



waltungsebenen halten, sondern auch für jene, die am besten erklären können, wie sich die EU-Politik auf ihren Alltag auswirkt.

Weitere Informationen:

[Bericht "The role and impact of local and regional authorities within the European Union" \("Die Rolle und Wirkung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in der Europäischen Union"\)](#), Sonderausgabe, Eurobarometer 307  
<http://www.cor.europa.eu/pages/PressTemplate.aspx?view=detail&id=5b0698ae-5f74-485c-b2c0-a7baec74e9a0>

[Rede von Margot Wallström auf der AdR-Plenartagung \(in englischer Sprache\)](#)  
[Video: Rede von Margot Wallström auf der AdR-Plenartagung](#)

Geschäftsbereich Staatsministerium des Innern

#### **RAT JUSTIZ UND INNERES AM 26./27.02.2009: INNENPOLITIK**

Meinungsaustausch zur Aufnahme von Gefangenen aus Guantanamo.

Zwischenbericht zur Aufnahme irakischer Flüchtlinge.

Britischer und ungarischer Kandidat für Europol-Chef Kopf an Kopf.

Entscheidung über Zukunft von SIS II spätestens Anfang Juni.

Visainformationssystem (VIS) soll Arbeit Ende 2009 aufnehmen.

Kommission drückt beim Asylunterstützungsbüro aufs Tempo.

Freizügigkeitsrichtlinie: Kritik an Kommissionsbericht – geplante Auslegungslinien werden dagegen begrüßt.

Meinungsaustausch über Initiative Griechenlands, Maltas, Italiens und Zyperns zur Bekämpfung der illegalen Einreise über das Mittelmeer.

#### **KOMMISSION LEGT MITTEILUNG ZUR KATASTROPHENPRÄVENTION VOR**

Die Kommission hat eine Mitteilung „Gemeinschaftskonzept zur Verhütung von Naturkatastrophen und von Menschen verursachten Katastrophen“ vorgelegt. Während sich bisherige EU-Aktivitäten auf Maßnahmen während und nach Katastrophen konzentrierten, wendet sich die neue Mitteilung erstmals systematisch der Katastrophenprävention zu. Deutschland und andere Staaten hatten dies wiederholt gefordert.

[http://ec.europa.eu/environment/civil/pdfdocs/com\\_2009\\_82de.pdf](http://ec.europa.eu/environment/civil/pdfdocs/com_2009_82de.pdf)

[\[lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2009:0084:FIN:DE:PDF\]\(http://lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2009:0084:FIN:DE:PDF\)](http://eur-</a></p></div><div data-bbox=)



## **EP STIMMT SANKTIONEN FÜR ARBEITGEBER ILLEGALER EINWANDERER ZU**

Das EP-Plenum hat dem mit Rat und Kommission vereinbarten Kompromiss zur „Richtlinie über Sanktionen gegen Personen, die Drittstaatsangehörige ohne legalen Aufenthalt beschäftigen“ zugestimmt.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2009-0069+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

## **KOMMUNALSEMINAR DER LIBERALEN FRAKTION IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT**

MdEP Dr. Jorgo Chatzimarkakis, veranstaltete am 20.02.2009 im Europäischen Parlament ein halbtägiges „Europa-Kommunal-Seminar: Was kann die Europäische Union für die Kommunen tun?“. Vor ca. 100 Teilnehmern standen die Themen Grünbuch Stadtverkehr, Regionalförderung und Interkommunale Zusammenarbeit im Mittelpunkt. Am Ende des Seminars stand ein Empfang in der Vertretung des Freistaats Bayern bei der Europäischen Union.

Geschäftsbereich Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

## **RAT JUSTIZ UND INNERES AM 26./27.2.2009 IN BRÜSSEL**

Der Rat Justiz und Inneres behandelte am 26./27.2.2009 folgende Themen aus dem Bereich der Justiz- und Rechtspolitik:

Vermeidung und Beilegung von Kompetenzkonflikten in Strafverfahren

Die Justizminister einigten sich auf Eckpunkte für einen Rahmenbeschluss, durch den künftig Kompetenzkonflikte zwischen verschiedenen Mitgliedstaaten bei „ne-bis-in idem“ Fällen verhindert werden sollen.

Aktionsplan für die europäische E-Justiz

Der Rat nahm einen Sachstandsbericht der Präsidenschaft zur Durchführung des Aktionsplans E-Justiz zur Kenntnis; das E-Justiz-Portals soll bis Ende 2009 eröffnet werden.

A-Punkte

Der Rat verabschiedete den „Rahmenbeschluss über die Durchführung und den Inhalt des Austauschs von Informationen aus dem Strafregister zwischen



den Mitgliedstaaten“ und den Rahmenbeschluss zur gegenseitigen Anerkennung von Abwesenheitsurteilen in Strafsachen.

### **KOMMISSIONSVORSCHLAG ZUR BEFREIUNG VON „KLEINSTUNTERNEHMEN“ VON JAHRESABSCHLÜSSEN – KONSULTATION ZUR VIERTEN UND SIEBEN GESELLSCHAFTSRICHTLINIE**

Die Europäische Kommission hat am 26.2.2009 einen Vorschlag vorgelegt, der es den Mitgliedstaaten ermöglicht, die Verpflichtungen zur Erstellung von Jahresabschlüssen für die kleinsten Betriebe in der EU vollständig abzuschaffen. Das Gesamtpotenzial für Einsparungen wird auf rund 6,3 Mrd. € geschätzt. Ferner hat die Kommission am 26.2.2009 eine Konsultation zur Vierten und Siebten Gesellschaftsrichtlinie eingeleitet.

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/accounting/docs/news/legal\\_proposal\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/internal_market/accounting/docs/news/legal_proposal_de.pdf)  
[http://ec.europa.eu/internal\\_market/consultations/2009/company\\_law\\_dir\\_en.htm](http://ec.europa.eu/internal_market/consultations/2009/company_law_dir_en.htm)

### **JÄHRLICHE STRATEGIEPLANUNG DER KOMMISSION FÜR 2010**

In rechts- und verbraucherschutzpolitischer Hinsicht kündigt jährliche Strategieplanung der Kommission für das Jahr 2010 u.a. Maßnahmen zur Gewährung von Verfahrensrechten sowie ein Follow-up zu dem 2008 veröffentlichten Grünbuch über den Rechtsschutz für Verbraucher bei Sammelklagen an.

[http://ec.europa.eu/atwork/synthesis/doc/de\\_act\\_part1v3.pdf](http://ec.europa.eu/atwork/synthesis/doc/de_act_part1v3.pdf)

Geschäftsbereich Staatsministerium der Finanzen

### **SONDERGIPFEL DER STAATS- UND REGIERUNGSCHEFS AM 1. MÄRZ 2009: GEMEINSAM HANDELN IN DER KRISE**

Am 1. März 2009 berieten die Staats- und Regierungschefs auf einem informellen Gipfel über die Finanz- und Wirtschaftskrise. Sie kamen überein, dass Europa die aktuelle Krise nur gemeinsam und koordiniert im Rahmen des Binnenmarktes und der WWU überwinden könne.

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/misc/106390.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/misc/106390.pdf)



## **KOMMISSION VERÖFFENTLICHT LEITFADEN FÜR DEN UMGANG MIT RISIKOAKTIVA IM BANKENSEKTOR**

Die Kommission hat am 25. Februar 2009 eine Mitteilung über Rettungsmaßnahmen der Mitgliedstaaten für wertgeminderte verlustträchtige Vermögenswerte von Banken veröffentlicht.

[http://ec.europa.eu/competition/state\\_aid/legislation/impaired\\_assets.pdf](http://ec.europa.eu/competition/state_aid/legislation/impaired_assets.pdf)

## **DE LAROSIERE-GRUPPE SCHLÄGT NEUE AUFSICHTSSTRUKTUR VOR**

Das von Kommissionspräsident *Barroso* einberufene Beratergremium um den ehemaligen Direktor des Internationalen Währungsfonds, *Jacques de Larosière*, hat am 25. Februar 2009 seinen Bericht vorgestellt, in dem er Wege zur Verbesserung der Finanzaufsicht aufzeigte. Anders als teilweise erwartet, schlug *de Larosière* nicht vor, die 27 nationalen Bankenaufseher durch eine europäische Finanzaufsicht zu ersetzen, da eine solche europäische Behörde zu teuer und außerdem politisch kaum durchsetzbar sei. Stattdessen schlug er vor, die Banken- und Versicherungsaufsicht langsam und behutsam zu europäisieren.

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/finances/docs/de\\_larosiere\\_report\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/internal_market/finances/docs/de_larosiere_report_en.pdf)

## **KOMMISSION LEGT MITTEILUNG ZUM FRÜHJAHRSGIPFEL AM 19. UND 20. MÄRZ VOR**

Die Kommission hat am 4. März 2009 eine Mitteilung für den Europäischen Rat am 19./20. März vorgelegt. Darin erläutert die Kommission, wie die Wirtschafts- und Finanzkrise überwunden werden kann und wie die Realwirtschaft und die Beschäftigung weiterhin unterstützt werden könne.

[http://ec.europa.eu/commission\\_barroso/president/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/commission_barroso/president/index_de.htm)

## **VORLÄUFIGE BILATERALE ANWENDBARKEIT DES ANTIBETRUGSABKOMMENS MIT DER SCHWEIZ**

So wird das Abkommen über die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Schweizerischen Eidgenossenschaft andererseits zur Bekämpfung von Betrug und sonstigen rechtswidrigen Handlungen, die ihre finanziellen Interessen beeinträchtigen, zwischen Deutschland und der Europäischen Gemeinschaft, der Schweiz, Frankreich, Schweden und Rumänien ab dem 9. April, zwischen Deutschland



und Finnland ab dem 15. April sowie zwischen Deutschland und dem Vereinigten Königreich ab dem 20. April angewandt.

### **HAUSHALTSKOMMISSARIN DALIA GRYBAUSKAITĖ KANDIDIERT FÜR PRÄSIDENTENAMT**

Haushaltskommissarin *Dalia Grybauskaitė* kündigte an, sich der Wahl zur Staatspräsidentin am 17. Mai 2009 in Litauen zu stellen.

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

### **KOMMISSION VERABSCHIEDET MITTEILUNG ZUR LAGE DER AUTOMOBILINDUSTRIE**

Die Europäische Kommission hat am 25. Februar 2009 eine Mitteilung zur Lage der Automobilindustrie angenommen. In der Mitteilung wird die gegenwärtige schwierige Lage der Automobilindustrie analysiert und ein Überblick über mögliche Unterstützungsmaßnahmen auf Ebene der EU und der Mitgliedstaaten gegeben. Hierbei wird darauf hingewiesen, dass bei der Bewältigung der Krise zuerst die Unternehmen selbst gefordert sind und etwaige Hilfsmaßnahmen von öffentlicher Seite zu keinen Wettbewerbsverzerrungen führen dürfen.

<http://ec.europa.eu/enterprise/automotive/pagesbackground/competitiveness/index.htm>

### **HOCHRANGIGE EXPERTENGRUPPE LEGT VORSCHLÄGE ZUR KÜNFTIGEN AUSGESTALTUNG DER FINANZAUF SICHT VOR**

Das von der Kommission einberufene hochrangige Beratergremium um den ehemaligen Direktor des Internationalen Währungsfonds (IWF), *Jacques de Larosière*, hat am 25. Februar 2009 seinen Abschlussbericht mit Vorschlägen zur Verbesserung der Finanzmarktstrukturen in der EU vorgelegt. Darin wird u. a. ein Europäischer Rat für Systemrisiken, dem die nationalen Notenbankchefs und die EZB-Präsidenten angehören, sowie eine gründliche Reform der Richtlinie zur Eigenkapitalausstattung der Banken und eine Verabschiedung der Eigenkapitalrichtlinie für Versicherer noch in dieser Legislaturperiode des EP, inklusive der vom EU-Ministerrat abgelehnten Gruppenaufsicht, vorgeschla-



gen. Die Kommission hat zum Bericht der Expertengruppe am 4. März 2009 eine erste Bewertung vorgelegt. Der Bericht und die Empfehlung der Kommission werden ebenfalls auf dem Europäischen Rat am 19. Und 20. März 2009 auf der Tagesordnung stehen. (Im Einzelnen s. Bericht im Geschäftsbereich des StMF).

[http://ec.europa.eu/commission\\_barroso/president/pdf/statement\\_20090225\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/commission_barroso/president/pdf/statement_20090225_en.pdf)  
[http://ec.europa.eu/commission\\_barroso/president/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/commission_barroso/president/index_de.htm)

### **KOMMISSION VERÖFFENTLICHT ZWEI LEITFÄDEN FÜR UMGANG MIT RISIKOAKTIVA IM EU-BANKENSEKTOR UND FÜR DIE DURCHSETZUNG DES BEIHILFENRECHTS DURCH GERICHTE DER MITGLIEDSTAATEN**

Die Europäische Kommission hat am 25. Februar 2009 zwei Leitfäden zu staatlichen Beihilfen verabschiedet. Nach dem Leitfaden für Umgang mit Risikoaktiva im EU-Bankensektor sollen sich alle Banken ihrer „schlechten“ Vermögenswerte entledigen können. Mit dem zweiten Leitfaden für die Durchsetzung des Beihilferechts durch Gerichte der Mitgliedstaaten soll den nationalen Gerichten künftig bei Fragen des EU-Beihilferechts geholfen werden. Darin wird u. a. erläutert, welche Konsequenzen ein Verstoß gegen die EU-Beihilfebestimmungen hat. Die nationalen Gerichte können die Kommission auch um Stellungnahme zu bestimmten Fragen bitten.

Banken:

[http://ec.europa.eu/competition/state\\_aid/legislation/specific\\_rules.html](http://ec.europa.eu/competition/state_aid/legislation/specific_rules.html)

Gerichte:

[http://ec.europa.eu/competition/state\\_aid/reform/reform.html](http://ec.europa.eu/competition/state_aid/reform/reform.html)

### **ENERGIEMINISTER BESTÄTIGEN AGENDA ZUR VERSORGUNGSSICHERHEIT; ENERGIEPROJEKTLISTE BLEIBT UMSTRITTEN**

Die Energieminister haben bei ihrer Sitzung am 19. Februar 2009 Schlussfolgerungen zum Aktionsplan der Kommission zur Versorgungssicherheit verabschiedet. Damit nahmen die Minister die zweite Überprüfung der Energiestrategie mit deutlicher Mehrheit an und bekräftigten die Unterstützung für sechs Infrastrukturprojekte, die Gas- und Elektrizitätsnetze besser verbinden und Offshore-Windparks fördert. Keine Einigung konnten die Minister dagegen bei der von der Kommission im Rahmen des EU-Konjunkturpakets vorgelegten Projektliste für den Aufbau von Energieinfrastruktur erzielen. Hier sind sowohl



die Projekte als auch die Finanzierung der 3,75 Mrd. € strittig.

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/de/trans/106447.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/trans/106447.pdf)

### **KOMMISSION GENEHMIGT DEUTSCHE MASSNAHMEN ZUR ANKURBELUNG DER WIRTSCHAFT DURCH STAATLICHE BÜRGSCHAFTEN**

Die Europäische Kommission hat am 27. Februar 2009 nach den Beihilfevorschriften des EG-Vertrags eine Regelung Deutschlands genehmigt, wonach die Gebietskörperschaften über subventionierte Bürgschaften die Vergabe von Krediten für Investitions- und Betriebsmittelkredite unterstützen können. Die Regelung ist bis zum 31.12.2010 gültig und kann nur von Unternehmen in Anspruch genommen werden, die vor Juli 2008 noch nicht in Schwierigkeiten waren. Es handelt sich hierbei bereits um die fünfte Maßnahme Deutschlands, die nach dem vorübergehenden Gemeinschaftsrahmen genehmigt wird.

### **KOMMISSION SCHLÄGT BEFREIUNG VON KLEINSTUNTERNEHMEN VON BILANZIERUNGSPFLICHT VOR**

Die Europäische Kommission hat am 26. Februar 2009 einen Vorschlag zur Abschaffung der Erstellung von Jahresabschlüssen für Kleinstunternehmen vorgestellt. Damit soll den Mitgliedstaaten ermöglicht werden, Ausnahmen von den Rechnungslegungsanforderungen für kleinere Unternehmen zu schaffen (s. hierzu Beitrag im Geschäftsbereich des StMJV).

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/accounting/news/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/internal_market/accounting/news/index_de.htm)

### **KOMMISSION LEGT BERICHT ÜBER FÜNF JAHRE EU-OSTERWEITERUNG VOR**

Am 20. Februar 2009 hat die EU-Kommission eine Mitteilung und einen Bericht mit dem Titel „Fünf Jahre Erweiterung – Wirtschaftliche Erfolge und Herausforderungen“ vorgelegt. Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass die Aufnahme der zehn neuen Mitgliedstaaten allen Bürgern wirtschaftliche Vorteile gebracht hat. Wesentlich ist auch, dass die Erweiterung den „alten“ europäischen Mitgliedstaaten Export- und Investitionsmöglichkeiten eröffnet hat. (Einzelheiten s. Beiträge im Geschäftsbereich Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament sowie des StMAS).



<http://ec.europa.eu/enlargement/5years/>

### **KOMMISSION GEWÄHRT MEHR FLEXIBILITÄT FÜR DEN EINSATZ VON STRUKTURMITTELN DER PERIODE 2000 BIS 2006**

Die Europäische Kommission hat am 24. Februar 2009 beschlossen, dass die Frist, in der die Mitgliedstaaten ihre Mittel aus dem Förderzeitraum 2000 bis 2006 aufbrauchen müssen, um sechs Monate, bis zum 30. Juni 2009, verlängert werden soll. Die Verlängerung des Förderzeitraums betrifft die vier existierenden Strukturfonds: Den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), den Europäischen Sozialfonds (ESF), den Europäischen Ausgleichs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) und das Finanzinstrument für die Ausrichtung der Fischerei (FIAP).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/310&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

### **KOMMISSION BEKRÄFTIGT FORDERUNG NACH AUSBAU DER BREITBANDINFRASTRUKTUR IM LÄNDLICHEN RAUM**

Die Kommission veröffentlichte am 3. März 2009 eine Mitteilung an das Europäische Parlament (EP) und den Rat und betont die besondere Bedeutung der Breitbandförderung für die wirtschaftliche Entwicklung im ländlichen Raum und machte auf das bestehende Stadt-Land-Gefälle in der EU im Bereich der Hochgeschwindigkeitsinternetzugänge aufmerksam. Die Isolation kleinerer und mittlerer landwirtschaftlicher Betriebe könne durch gute Internetverbindungen überwunden und die Wettbewerbsfähigkeit verbessert werden. Wenn man Wohlstand und wirtschaftliche Dynamik in den ländlichen Gebieten wolle, müsse man laut Kommissarin *Fischer Boel* allen Bürgern zur optimalen Nutzung der modernen Technologie verhelfen. In Deutschland beträgt die Breitbandverfügbarkeit in den ländlichen Räumen 88 %. In diesem Zusammenhang bekräftigte die Kommission ihr Vorhaben, 1 Mrd. EUR aus dem Europäischen Konjunkturprogramm für Breitbandförderung im ländlichen Raum auszugeben (s. hierzu Bericht aus dem Geschäftsbereich IuK- und Medienpolitik in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/343&format=HTML&aged=0&langlang=DE&guiLanguage=en>



[http://ec.europa.eu/agriculture/rurdev/employment/ict/com2009\\_103\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/agriculture/rurdev/employment/ict/com2009_103_de.pdf)

### **GENTECHNISCH VERÄNDERTE ORGANISMEN (GVO) - ANBAUVERBOTE**

Die EU-Umweltminister haben sich mit qualifizierter Mehrheit für die bestehenden Anbauverbote für gentechnisch veränderten Mais in Österreich und Ungarn ausgesprochen. Die Kommission scheidet damit bereits zum dritten Mal am Vorhaben, die bestehenden Anbauverbote für die gentechnisch veränderten Maissorten MON810 und T25 in Österreich bzw. zum zweiten Mal das Verbot für MON810 in Ungarn aufzuheben (s. EB Nr. 04/2009). Aufgrund des klaren Votums im Umweltrat ist auch bei der anstehenden Entscheidung über die Anbauverbote von MON810 in Frankreich und Griechenland beim Landwirtschaftsrat am 23.03.2009 mit der Ablehnung der Kommissionsvorschläge zu rechnen (s. hierzu Bericht aus dem Geschäftsbereich des StMUG in diesem EB).

### **KOMMISSION LOCKERT REGELUNGEN FÜR VERUNREINIGUNGEN PFLANZLICHER FUTTERMITTEL**

Die Kommission hat am 26.02.2009 einen Verordnungsvorschlag zu umweltbedingten Verunreinigungen von pflanzlichen Futtermitteln (mit Knochensplittern) angenommen. Dieser ist Ergebnis der Überprüfung bestimmter BSE-Bekämpfungsmaßnahmen, wie sie in der „TSE-Roadmap“ (KOM(2005)322) vom Juli 2005 vorgesehen sind, und trägt der inzwischen geringeren BSE-Gefährdung Rechnung. Die Kommission betonte, dass trotz der Lockerung weiterhin ein hoher Verbraucherschutz gewährleistet sei (s. hierzu Bericht aus dem Geschäftsbereich des StMUG in diesem EB).

Weitere Informationen:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEX/09/0226&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

[http://ec.europa.eu/food/food/biosafety/bse/legisl\\_en.htm](http://ec.europa.eu/food/food/biosafety/bse/legisl_en.htm)

Geschäftsbereich Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

### **TAGUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS VOM 18. BIS 19.02.2009; ERGEBNISSE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMAS**

Das Europäische Parlament hat in seiner Sitzung am 18.02.2009 der Richtlinie



"über Sanktionen gegen Personen, die Drittstaatsangehörige ohne legalen Aufenthalt beschäftigen" (KOM 2007, 249) zugestimmt und Initiativberichte zu den Themen „Europäische Sozialwirtschaft“, „Anwendung der Richtlinie 2002/14/EG zur Information und Konsultation von Arbeitnehmern in der EU“ und „Außenmaßnahmen der EU für Kinder in Drittstaaten“ angenommen. Der Sanktionsrichtlinie stimmte das Parlament nach der Verlegung der Schlussabstimmung in der letzten Sitzung (EB 3/2009) entsprechend einem bereits vorliegenden informellen Kompromiss mit dem Rat endgültig zu. Nunmehr muss noch der Ministerrat die Richtlinie formell billigen, dann müssen die Mitgliedstaaten die Richtlinie binnen 2 Jahren umsetzen.

[http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-  
//EP//TEXT+TA+20090219+TOC+DOC+XML+V0//DE&language=DE](http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+20090219+TOC+DOC+XML+V0//DE&language=DE)

#### **STRATEGIEPLANUNG DER EU-KOMMISSION FÜR 2010; ERGEBNISSE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMAS**

Die Europäische Kommission hat am 18.02.2009 ihre jährliche Strategieplanung für 2010 vorgestellt.

Im Bereich Beschäftigung und Soziales liegt der Schwerpunkt auf dem wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufschwung. Die Kommission will hier die Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Wahrung des sozialen Zusammenhalts unterstützen, insbesondere durch Hilfe bei der Entwicklung von Strategien, die den Aufbau neuer Qualifikationen, die Verbesserung der Arbeitsplatzqualität und die Unterstützung jener Bürger zum Ziel haben, die ihren Arbeitsplatz verloren haben. Die im Strategieprogramm aufgestellten Prioritäten werden von der neuen Kommission im Herbst erst noch daraufhin überprüft, ob sie für die Aufstellung des Arbeitsprogramms für 2010 übernommen werden sollen.

[http://ec.europa.eu/atwork/synthesis/doc/de\\_act\\_part1v3.pdf](http://ec.europa.eu/atwork/synthesis/doc/de_act_part1v3.pdf)

#### **MITTEILUNG UND BERICHT DER EU-KOMMISSION ÜBER 5 JAHRE ERWEITERUNG; ERGEBNISSE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMAS**

Am 20.02.2009 hat die EU-Kommission eine Mitteilung (KOM 2009, 79) und einen Bericht mit dem Titel „Fünf Jahre Erweiterung – Wirtschaftliche Erfolge und Herausforderungen“ vorgelegt, in denen sie Bilanz zieht über die vergangenen zwei Erweiterungsrounden. Der 238 Seiten starke Bericht enthält detail-



lierte Statistiken, Schaubilder und Analysen über verschiedenste Aspekte der Erweiterung, z. B. zur Mobilität von Arbeitnehmern aus den neuen Mitgliedstaaten, aufgeschlüsselt nach Qualifikation der Arbeitnehmer oder Geschlechtern. Insgesamt kommt die Kommission zu dem Schluss, dass die Erweiterung ein großer Erfolg für die EU und ihre Bürger war. Zu den Übergangsregelungen zur Freizügigkeit für Arbeitnehmer aus neuen Mitgliedstaaten weist die Kommission, wie schon Ende 2008 (EB 20/2008), darauf hin, dass die Mitgliedstaaten insbesondere für Rumänien und Bulgarien nochmals sorgfältig überlegen sollten, ob die Aufrechterhaltung von Maßnahmen angesichts der Ergebnisse des Berichts notwendig ist.

Mitteilung:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2009:0079:FIN:DE:PDF>

Bericht:

[http://ec.europa.eu/economy\\_finance/publications/publication14078\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/publication14078_en.pdf)

#### **INTEGRATIONSPOLITIK: KONFERENZ „REGIONEN FÜR DEN WIRTSCHAFTLICHEN WANDEL – NETZWERKE FÜR ERGEBNISSE“**

Am 16. und 17.02.2009 veranstaltete die Europäische Kommission in Brüssel eine Konferenz mit dem Titel „Regionen für den wirtschaftlichen Wandel – Netzwerke für Ergebnisse“. Mit dem Workshop „Zuwanderer und die Stadt: Wege einer erfolgreichen Integration“ ging die Konferenz der Frage nach, welche Wirtschafts- und Sozialpolitik nötig sei, um die Eingliederung von Immigranten erfolgreich ablaufen zu lassen. Beleuchtet wurden insbesondere Politiken der EU zur besseren Eingliederung nationaler Integrationspolitiken in das Gemeinschaftsrecht und zur Stärkung der Rolle von Städten und Regionen sowie vorbildhafte Eingliederungsprojekte einzelner Städte.

[http://ec.europa.eu/regional\\_policy/conferences/networking/home\\_de.cfm?menu=1%09](http://ec.europa.eu/regional_policy/conferences/networking/home_de.cfm?menu=1%09)

#### **INFORMATIONSKAMPAGNE DER EU-KOMMISSION ZUM „GENDER PAY GAP“**

Anlässlich des Weltfrauentags am 03.03.2009 hat die Europäische Kommission eine Informationskampagne zum „gender pay gap“ gestartet, d. h. zu der Tatsache, dass Frauen in der EU oftmals weniger verdienen als Männer. Nach jüngsten Erhebungen der Kommission ist die Ungleichheit in Deutschland ver-



gleichsweise hoch: der durchschnittliche Stundenlohn von Frauen liegt danach um 23 % unter dem der Männer. Noch größer ist der Unterschied nur in Österreich, den Niederlanden, Zypern, Tschechien und Estland. Grund für die Ungleichheit ist dabei nach Angaben der Kommission weniger eine unterschiedliche Bezahlung für gleiche Arbeit, sondern insbesondere die hohe Teilzeitquote bei Frauen. Im Rahmen ihrer Kampagne stellt die Kommission nunmehr Informationen über das „gender pay gap“ bereit und hat eine entsprechende Webseite freigeschaltet. Dort veröffentlicht sie auch Lösungsmöglichkeiten und mögliche Gegenmaßnahmen sowie praktische Beispiele aus Mitgliedstaaten. Zudem ist ein Video-Clip abrufbar.

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=681>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

#### **EWALUIERUNGEN DES EUROPÄISCHEN FORSCHUNGRATES**

Der vor etwas mehr als zwei Jahren gegründete Europäische Forschungsrates (ERC) ist in die wichtige erste Phase der Evaluierung seiner Tätigkeit gekommen. Eine von der Kommission eingesetzte sechsköpfige High Level Group sowie zwei vom ERC bestimmte Forscherkonsortien untersuchen die Auswirkungen des ERC für den europäischen Forschungsraum.

<http://erc.europa.eu/>

#### **KRITIK AM EUROPÄISCHEN TECHNOLOGIEINSTITUT**

In Replik auf die öffentliche Kritik des dänischen Professors *Bengt-Åke Lundvall* am Europäische Technologieinstitut (EIT) als ein „Monopol des Wissens“ verwies der Vorsitzende des EIT-Verwaltungsratsvorsitzende, *Professor Schuurmans*, auf den Netzwerkcharakter des EIT. Diese Struktur werde eine Vielzahl von Wissenschaftlern, Studenten und Wirtschaftsvertretern zusammenbringen, den Wettbewerb sowie die Forschungs- und Innovationskapazitäten steigern.

<http://www.epc.eu/en/er.asp?TYP=ER&LV=293&see=y&t=2&PG=ER/EN/detail&l=&AI=889>



## **WERBEKAMPAGNE ZUR REKRUTIERUNG VON ENGLISCHDOLMETSCHERN**

Die Kommission prognostiziert für 2015 einen Mangel an Übersetzern für die englische Sprache für europäische Institutionen. Zur Vorsorge startete sie eine Werbekampagne für entsprechende Studiengänge, damit der große Bedarf an englischen Übersetzungen - ca. 72 % der EU-Dokumente sind auf Englisch verfasst sind und der Internetauftritt der Kommission wird zu 88 % von englischsprachigen Usern genutzt - auch weiterhin gesichert ist.

[http://scic.ec.europa.eu/europa/jcms/j\\_8/accueil](http://scic.ec.europa.eu/europa/jcms/j_8/accueil)

Geschäftsbereich Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit

## **TAGUNG DES RATES DER UMWELTMINISTER AM 02.03.2009 IN BRÜSSEL**

Am 02.03.2009 tagte der Rat der Europäischen Union für Umwelt (Umwelt-Rat) in Brüssel. Schwerpunkte waren dabei u. a. Orientierungsaussprachen zu Industrieemissionen (IVU-RL), Entscheidungen zu Anbauverboten von gentechnisch veränderten Maissorten sowie Schlussfolgerungen zur Positionierung der EU bei den UN-Klimaverhandlungen in Kopenhagen.

[http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms\\_Data/docs/pressData/en/envir/106430.pdf](http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/envir/106430.pdf)

## **KOMMISSION UND EINZELHANDEL STARTEN EINZELHANDELSFORUM REAP ZUR FÖRDERUNG EINES NACHHALTIGEREN VERBRAUCHS**

Am 03.03.2009 haben die Kommission und der europäische Einzelhandel ein Einzelhandelsforum REAP (Retailers' Environmental Action Programme) als Teil ihrer Bemühungen zur Förderung von ökologisch nachhaltigeren Verbrauchsmustern ins Leben gerufen. Der Vorsitz des Forums wird von der Generaldirektion Umwelt und den beiden Organisationen geführt, die den Einzelhandel auf EU-Ebene repräsentieren: EuroCommerce und der Europäische Rundtisch des Einzelhandels (ERRT, European Retail Roundtable, [www.errt.org](http://www.errt.org)).

<http://www.eurocommerce.be/content.aspx?Pageld=41447&lang=DE>



## **KONSULTATION ZUM ABBAU VON UNGLEICHHEITEN IM GESUNDHEITSBEREICH**

Die Europäische Kommission hat eine Konsultation zum Abbau von Ungleichheiten im Gesundheitsbereich innerhalb und zwischen den Mitgliedstaaten eröffnet. Interessierte haben die Möglichkeit, ihre Stellungnahmen bis zum 01.04.2009 an [SANCO-C4-HEALTH-INEQUALITIES@ec.europa.eu](mailto:SANCO-C4-HEALTH-INEQUALITIES@ec.europa.eu) zu übermitteln. Die Ergebnisse der Befragung sollen in der von der Kommission in ihrem Arbeitsprogramm 2009 angekündigten und noch für dieses Jahr geplanten Mitteilung zur Reduzierung von Ungleichheiten im Gesundheitsbereich in der EU berücksichtigt werden.

Zur Konsultation:

[http://ec.europa.eu/health/ph\\_determinants/socio\\_economics/cons\\_inequalities\\_en.htm](http://ec.europa.eu/health/ph_determinants/socio_economics/cons_inequalities_en.htm)

Weitere Informationen:

[http://ec.europa.eu/health/ph\\_determinants/socio\\_economics/socio\\_economics\\_en.htm](http://ec.europa.eu/health/ph_determinants/socio_economics/socio_economics_en.htm)

## **EUROPÄISCHER TAG DER SELTENEN KRANKHEITEN**

Am 03.03.2009 fand in Brüssel der Europäische Tag der seltenen Krankheiten 2009 statt, in dessen Rahmen die für den Gesundheitsbereich zuständige Kommissarin *Androulla Vassiliou* ein neues, von der europäischen Organisation für seltene Krankheiten (EURORDIS) herausgegebenes, Buch mit dem Titel "Die Stimme von 12. 000 Patienten" vorstellte. Dieses gibt einen Einblick in die Situation der an seltenen Krankheiten leidenden Patienten und beschreibt deren Erfahrungen und Erwartungen im Hinblick auf Diagnose, Behandlung und Versorgung. Es ist Teil der im November 2008 von der Kommission angenommenen Gemeinschaftsstrategie zur Bekämpfung seltener Krankheiten, die wiederum Teil der Kampagne "Europa für Patienten" ist.

Europäischer Tag der seltenen Krankheiten:

<http://www.rarediseaseday.org/>

Weitere Informationen:

[http://ec.europa.eu/health/ph\\_threats/non\\_com/rare\\_diseases\\_de.htm](http://ec.europa.eu/health/ph_threats/non_com/rare_diseases_de.htm)

[http://ec.europa.eu/health/ph\\_threats/non\\_com/rare\\_10\\_en.htm](http://ec.europa.eu/health/ph_threats/non_com/rare_10_en.htm)



### **KOMMISSION LEGT ARBEITSPLAN 2009 FÜR ZWEITES AKTIONSPROGRAMM IM BEREICH GESUNDHEIT VOR**

Die Europäische Kommission hat mit Beschluss vom 23.02.2009 ihren Arbeitsplan 2009 (2009/158/EG) zur Durchführung des zweiten Aktionsprogramms der Gemeinschaft im Bereich der Gesundheit (2008-2013) veröffentlicht. Dieser dient der Umsetzung der EU-Gesundheitsstrategie und sieht Fördermittel in Höhe von insgesamt ca. 48 Millionen Euro vor. Projektvorschläge können bis zum 20.05.2009 eingereicht werden.

Arbeitsplan 2009 und weitere Informationen:

[http://ec.europa.eu/health/ph\\_programme/howtoapply/call\\_for\\_propal\\_en.htm](http://ec.europa.eu/health/ph_programme/howtoapply/call_for_propal_en.htm)

Informationstag:

<http://ec.europa.eu/eahc/health/infoday.html>

### **ERSTER EU-PREIS FÜR GESUNDHEITSJOURNALISTEN**

Die Europäische Kommission vergibt 2009 erstmals einen Preis für herausragende Artikel aus der Druckpresse und dem Internet über Themen aus den Bereichen Gesundheitsversorgung und Patientenrechte. Der Preis ist Teil der im September 2008 gestarteten Kampagne „Europa für Patienten“ und soll Journalisten auszeichnen, die maßgeblich dazu beigetragen haben, den EU-Bürgern die zehn Gesundheitsthemen der Kampagne verständlicher zu machen. Potentielle Bewerber können ihre Artikel bis zum 15.06.2009 einreichen.

Nähere Informationen:

[http://ec.europa.eu/health-eu/europe\\_for\\_patients/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/health-eu/europe_for_patients/index_de.htm)

### **KOMMISSION LOCKERT REGELUNGEN FÜR VERUNREINIGUNGEN PFLANZLICHER FUTTERMITTEL**

Die Kommission hat am 26.02.2009 einen Verordnungsvorschlag zu umweltbedingten Verunreinigungen von pflanzlichen Futtermitteln (mit Knochensplittern) angenommen. Dieser ist Ergebnis der Überprüfung bestimmter BSE-Bekämpfungsmaßnahmen, wie sie in der „TSE-Roadmap“ (KOM(2005)322) vom Juli 2005 vorgesehen sind, und trägt der inzwischen geringeren BSE-Gefährdung Rechnung. Die Kommission betonte, dass trotz der Lockerung weiterhin ein hoher Verbraucherschutz gewährleistet sei.

Weitere Informationen:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEX/09/0226&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>



[http://ec.europa.eu/food/food/biosafety/bse/legisl\\_en.htm](http://ec.europa.eu/food/food/biosafety/bse/legisl_en.htm)

Geschäftsbereich IuK- und Medienpolitik

### **KOMMISSION LEGT MITTEILUNG ZUR BREITBANDVERSORGUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS VOR**

In einer am 3. März vorgelegten Mitteilung fasst die Kommission den status quo der Breitbanderschließung in Europa zusammen. Sie gibt gleichzeitig einen Überblick über die von der EU bereitgehaltenen und geplanten Programme und Mittel zur Verbesserung der Kommunikationsinfrastruktur in ländlichen Gebieten. Trotz des EU-Ziels „Breitband für alle“ bis 2010 haben immer noch 30 % der ländlichen Regionen der EU keinen Breitbandanschluss. In Griechenland und Polen beläuft sich diese Zahl sogar auf 50 %, in Deutschland sind es nur 12 %, die noch keinen Breitbandanschluss haben.

### **ERNEUTER ANLAUF DER KOMMISSION, DIE VORHERRSCHENDE STELLUNG VON MICROSOFT AUF DEM MARKT FÜR WEBBROWSER ZU BRECHEN**

Derzeit verkauft Microsoft sein Betriebssystem Windows nur im Zusammenhang mit dem Webbrowser Internet Explorer. Dadurch nutze Microsoft seine marktbeherrschende Stellung aus, so die Kommission, und verzerre den Wettbewerb. Schon im September 2008 rügte die Kommission Microsoft dafür, dass das Unternehmen Windows nur mit dem Media Player verkaufte und verordnete ein hohes Bußgeld. Ein ähnlicher Ausgang wird auch bezüglich des Internet Explorers erwartet. Das Unternehmen muss innerhalb von 8 Wochen Stellung zum Vorwurf nehmen, der am 15. Januar von der Kommission erhoben wurde.

### **KOMMISSION STELLT 427.000 € ZUR VERFÜGUNG, UM GEGEN SEXUELLEN MISSBRAUCH VON KINDERN IM INTERNET VORZUGEHEN**

Nach Angaben der Kommission gibt es mittlerweile schätzungsweise 3000 Websites, die ihren Gewinn aus der Kommerzialisierung von Kindesmissbrauch im Internet ziehen. Die Zahl hat sich zwischen 2003 und 2007 vervierfacht. Deshalb gaben Mastercard, Visa Europe, Microsoft, PayPal und die NRO Missing Children Europe am 03.03.2009 ihre Gründung der EFC (European Financial Coalition) bekannt, einem öffentlich-privaten Bündnis, um ge-



gen sexuellen Missbrauch von Kindern und Kinderpornographie im Internet vorzugehen. An dem Bündnis sind u.a. auch Polizeibehörden, Betreiber von Internetdiensten und NROs beteiligt. Geführt wird die Gruppe von CEOP (Child Exploitation and Online Protection Center).